
FORUM:

Pfade im Globalisierungsdschungel

Wilhelm Hankel:
Geldordnung: Global, europäisch - oder sozial?

Prof. Dr. Wilhelm Hankel, geb. 1929 in Danzig, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Mainz, lehrt Währungs- und Entwicklungspolitik an der Universität Frankfurt/M. und arbeitet als Währungs- und Entwicklungsberater im Ausland, zuletzt im Nahen Osten und in Rußland.

Drei Mythen

Mythen sind auch heute noch so mächtig wie zur Zeit der Ausmalung der Höhlen von Lascaux. Nur lauten sie anders als damals. Drei von ihnen bestimmen weitgehend die Gegenwart und überbrücken sogar so tiefsitzende Interessengegensätze wie die zwischen Arbeit und Kapital, Finanzwelt und Wirtschaft und im politischen Spektrum zwischen Schwarz, Rot, Grün und Gelb.

Mythos eins lautet: Im Zeitalter des Globalismus, des „grenzenlosen“ Ineinanderfließens nationaler und transnationaler Geld- und Güterkreisläufe, läßt sich mit standortgebundener (nationaler) Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik immer weniger ausrichten. Namentlich weltmarktabhängige Volkswirtschaften, wie die deutsche, haben nur die Wahl, entweder ihr inneres Kostenniveau dem draußen in der Welt anzupassen oder ihre Arbeitsplätze zunehmend zu verlieren - durch ihren Export. *Mythos zwei* lautet: Vor dem Ansturm der den inneren Standort entwertenden Schleuderkonkurrenz aus dem Ausland - sei es aus Armutsökonomien, in denen Arbeit „so billig ist wie Dreck“ (H. Afheldt), sei es aus Staaten, in denen die eigene Währung nichts gilt, die fremde (Dollar, DM, Yen usw.) alles und man alle Ressourcen quasi geschenkt bekommt - gibt es nur einen Schutz, zumal für Europäer: ihren Gemeinsamen Binnenmarkt mitsamt seiner gemeinsamen, ihn wasserdicht machenden Währung, dem Euro. Und der *dritte Mythos* lautet: Währungs- und Sozialordnung müssen auseinander gehalten werden, denn ein neutrales und daher staatsfrei - und in Europa wechselkurslos - zu haltendes Geld bietet die beste Voraussetzung dafür, daß in ihm viel gespart und mangels Inflationsrisiko auch ausreichend und hoch-produktiv investiert wird. Es ist die Geldwertstabilität, die die soziale Stabilität nach sich zieht - nicht umgekehrt.

Es fällt nicht schwer, diese drei Mythen als gedankliche Kurzschlüsse, um nicht zu sagen: wissenschaftlich getarnte Interessentenstandpunkte zu entlarven. Der Globalismus ist nicht das Feindbild vom Dienst - nach roter und noch früher gelber Gefahr. Er ist sowohl Folge wie Ursache der beiden größten technischen Innovationen unserer Zeit: der revolutionären Verbilligung der Transport- und der weltweiten Vernetzung der Kommunikationsmittel. Erstere hat aus dem auf ein Paar Pretiosen (Edelmetalle, Gewürze)

beschränkten Fernhandel der Vormoderne den modernen Weltmarkt für industrielle Massengüter, für Produkte- wie für Standortevielfalt geschaffen. Dank letzterer ist es möglich geworden, Know-how, Informationen, Geldüberweisungen und Finanzierungszusagen mit quasi kommunikativer Lichtgeschwindigkeit über den ganzen Globus zu verbreiten, die Raum- und Zeitgrenzen zu überwinden.

Es wäre ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn ausgerechnet die europäischen Völker, die den Globalismus erfanden und auch den größten Nutzen aus ihm gezogen haben, ihn nunmehr als Bedrohung ihrer Existenz abzuschaffen trachteten. Die großen Ökonomen des vorigen Jahrhunderts waren da sehr viel realistischer. Sie überantworteten die damals entstehende Weltwirtschaft weder dem Staat noch dem Markt. Sie konzipierten für sie ein eigenes Reglement. Der Goldstandard jener Zeit war kein bißchen liberal, sondern basierte auf politischen Preisen. Die Wechselkurse waren durch innerstaatliche Münzgesetze und dem für alle Club-Mitglieder fixierten Goldpreis (der Bank von England) festgelegt, die Zinssätze wurden als Polit-Waffe eingesetzt, die Wechselkurse stabil und das Gesamtsystem im Gleichgewicht zu erhalten.

Es gab also weder monetäre Standortkonkurrenz noch Spekulationsattacken. Der Kapitalverkehr war renditeorientiert und diente dem Transport realer Güter und Dienstleistungen, ein Absicherungsbedarf von Währungsrisiken und -Verlusten bestand nicht - folglich blieben die Volumina des Güter- und Geldaustauschs auch hübsch zusammen. Noch im nachhinein zeigte sich ein so profunder Kenner der Materie wie der junge Keynes des Jahres 1919 erstaunt darüber, mit wie wenig Geld-, Kredit- und Kapitalverkehr und mit wie wenig Crashes und Schuldenkrisen das 19. Jahrhundert seine Weltwirtschaft aufgebaut und zusammengehalten hatte (siehe dazu das zweite Kapitel seiner „Economic Consequences of the Peace“). Eines Internationalen Währungsfonds (IWF) und permanenter Weltwirtschaftsgipfel bedurfte es damals nicht.

Der Freihandel wiederum war juristisch gesehen ein Netzwerk zwischenstaatlicher Meistbegünstigungsklauseln. Sie schlossen die heute üblichen einseitigen und unfairen Begünstigungspraktiken im Exportgeschäft sowie protektionistische Großvereinigungen à la EU oder NAFTA mit dem offenen Ziel, Produkte des Binnenmarktes vor billiger Auslandskonkurrenz zu schützen, aus.

Selbst ausgewiesene Kritiker der Freihandelsdoktrin, wie Friedrich List und Alexander Hamilton bejahten die Wettbewerbsneutralität des Systems unter Gleichstarken. Sie wandten sich nur - und zu Recht - gegen das Niederkonkurrieren der wirtschaftlich Schwächeren, die noch keine Chance gehabt hatten, ihr einheimisches Ressourcen- und Produktivitätspotential („ihre productiven Kräfte“) zu entwickeln. Sie wären höchst erstaunt zu entdecken, wie ihr auch heute noch berechtigter „Aufhol-Protektionismus“ in

Zweiter und Dritter Welt ausgerechnet von den reichsten und entwickeltsten Industriestaaten der Welt in einen ebenso nachbarschafts- wie fortschrittsfeindlichen „Besitzstands-Protektionismus“ umfunktioniert wird - und das im Namen Europas. Was ist daraus zu lernen?

Erstens, daß nicht der Globalismus unser Problem ist, sondern die Art, wie wir - in den nationalen Systemen - mit ihm umgehen. Zwar verbietet sich jedes Zurück zum Goldstandard der Jahre vor 1931 oder 1914 und einem lediglich zwischenstaatlich oder nur bilateral verankerten Freihandel. Aber gewisse Parallelen zum damaligen System gelten auch heute. *Zweitens*, daß regionale Teil- und Subsysteme à la EU oder NAFTA keine Antwort auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit sind; sie sind St. Florians-Modelle („Verschon mein Haus, zünd's andere an“), als welche sie kluge Wirtschaftspolitiker wie Ludwig Erhard und Karl Schiller auch immer bezeichnet haben. *Drittens*, daß es zum Globalismus der Güter-, Geld- und Finanzmärkte überhaupt keine Alternative gibt. Jeder Versuch, sich aus dem „Weltstaat der Kaufleute“ (F. List) wieder zurückzuziehen, endet nicht nur früher oder später in ökonomischem Rückschritt und wachsender sozialer Militanz. Es ist diese autarkistische Kriegsökonomie, die entweder in offenem ökonomischem Krieg oder im Selbst-Zusammenbruch endet, wie die Geschichte mit unschöner Regelmäßigkeit bestätigt: zuletzt bei NS-Staat und Welt-Kommunismus im Kalten Krieg.

Privatisierung der Lebensrisiken

Der dritte Mythos, daß Geld- und Sozialsphäre auf das strikteste zu trennen sind, begegnet uns in seiner klarsten Ausprägung in der für das Jahr 1999 geplanten Europäischen Währungsunion (EWU). Mit der Übergabe der bislang nationalen Währungshoheit an eine Europäische Zentralbank (EZB) geht für alle EU-Staaten - so auch Deutschland - die erst in der Moderne erreichte Einheit von Währungs- und Sozialraum verloren, die Geschäftsgrundlage des sozialen Rechtsstaates oder populärer: der Sozialen Marktwirtschaft.

Bereits im Vorfeld der EWU, noch vor der Emission des ersten Euro, zeigt sich die soziale Indifferenz, um nicht zu sagen Blindheit des neuen Regimes in den Sparzwängen der (formell) national-staatlich verbleibenden Finanz- und Haushaltspolitik. Sie wird, um den Start der neuen Währung zu erleichtern, de facto europäisiert - in Gestalt europaweit homogener „Stabilitätskriterien“, die ihr jeden Spielraum für eine aktive Konjunktur-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik rauben (sollen). Unter dem Etikett Europa wird damit ein ganzes Jahrhundert geldwissenschaftlichen Fortschritts (und er verbindet sich keineswegs allein mit dem Namen Keynes) ausgelöscht, für irrelevant oder gar in die Irre führend erklärt. Denn seit Wicksell, Schumpeter, Hawtrey und natürlich Keynes gilt als geklärt, daß eine Zentralbank mit ihrer Geld- und Zinspolitik unweigerlich das Investitionsklima in ihrem Währungsraum prägt. Damit aber ist sie auch für Konjunktur, Beschäftigungsstand und Lage

am Arbeitsmarkt verantwortlich, auch wenn sie formal zwar regierungs-, aber nicht staatsunabhängig ist. Gerade Kritiker der Bundesbank sollten nie vergessen, wie aktiv und sachkundig diese die früheren Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme eines Ludwig Erhard oder Karl Schiller unterstützt hat.

Nur: Die neue EZB mag sich noch so verantwortlich für Konjunktur, Beschäftigungsstand und Lage am Arbeitsmarkt in ihren Ländern fühlen - weder ihr Statut noch ihr Instrumentarium lassen eine dieser Verantwortung gerecht werdende Politik zu.

Ihr Statut (es spricht ehrlicherweise nicht von sozialer, sondern „offener“ Marktwirtschaft) legt die EZB auf die Fixierung eines europäischen Preisniveaus fest; ihr Instrumentarium wiederum fixiert die EZB auf die Gesamtzahlungsbilanz des EWU-Raumes nach innen wie nach außen, wobei derzeit noch offen ist, wie sie von letzterer Option Gebrauch machen wird oder richtiger: darf; denn die Wechselkurspolitik nach außen ist nicht Sache der Bank, sondern ihres Ministerrates. Für soziale Verantwortung oder gar die Unterstützung national-staatlicher Konjunktur-, Investitions- oder Arbeitsbeschaffungsprogramme - wenn sie denn im Rahmen einer „kriteriengerechten“ Finanzpolitik überhaupt gestartet werden können - ist in diesem Europäischen Währungstheater weder eine Rolle noch ein Rollenträger vorgesehen.

Was also bleibt, wenn Massen- und Dauerarbeitslosigkeit bekämpft werden muß? Letztlich nur die „Selbsthilfe“ der Betroffenen, durch Selbstverwertung ihrer Arbeit (Schwarzarbeit) oder die „Selbstfinanzierung“ ihrer Eingliederung in die Arbeitswelt durch Lohnzurücknahme und sozialen Anspruchsverzicht. Genau das aber hatten Arbeitgeber, Großindustrie und -banken bedacht und kalkuliert, als sie - einig wie selten - für den Euro und seine Konsequenzen Reklame machten und die Bundesregierung unterstützten. Wann schließlich bekommt man ein zweites Mal die Chance, das Arbeitsplatzrisiko wieder zu reprivatisieren und den Sozialstaat kräftig zu beschneiden?

Und die Gewerkschaften? Sie haben mit ihrem überwiegenden Ja zu *diesem* Europa nicht nur sich selber und ihren Mitgliedern einen schlechten Dienst erwiesen, sondern auch der Idee Europa. Denn ein Europa, das sich als Alibi für sozialen Mißstand, ja sozialen Rückschritt erweist, wird kaum zusammenhalten.

Regeln für den Globalismus, ein monetäres Völkerrecht

Die „säkulare“ Frage, die sich am Ende des Jahrhunderts und Jahrtausends stellt, heißt daher: Wie lassen sich unabweisbarer Globalismus und überkommener nationaler Sozialstaat versöhnen? Dies ist eine zutiefst monetäre Frage. Denn einerseits wird das Geld als Policy-Instrument des Sozialstaats gebraucht; dieser kann aber weder auf „seinen“ Zins noch „seinen“ Wechselkurs verzichten, will er zu Hause konjunktur- und beschäftigungspolitisch

handlungsfähig bleiben. Letzteres aber muß er - denn er haftet politisch und demokratisch für das Wohlergehen seiner Bevölkerung. Auf der anderen Seite muß dasselbe Geldwesen den globalen Fluß der Güter, Investitionen - und nicht zu vergessen: der Ideen und des Know-how in die Weltwirtschaft und aus ihr heraus - finanzieren, tut es das nicht, dann findet diese Weltwirtschaft einfach nicht (mehr) statt. Es gilt also, einen buchstäblich historischen Kompromiß zu finden zwischen nationalem Sozialstaat und globalem Geldsystem. Es fragt sich nur, wie.

Den Weg weisen sowohl die ökonomischen Klassiker des vorigen Jahrhunderts, diese kosmopolitischsten aller Ökonomen, die die Volkswirtschaften als Segmente der allen Nationen gemeinsamen Weltwirtschaft begriffen und der späte J. M. Keynes der „Vorschläge für eine Internationale Clearing Union“ der Jahre 1941/43, die zur, wenn auch arg verwässerten Blaupause des späteren Bretton-Woods-Systems avancierten. Beiden Entwürfen ist gemeinsam, daß sie auf Phantasmen wie „Weltstaat“ und „Weltregierung“ verzichteten, sondern den bestehenden - und demokratisch legitimierten - Nationalstaat als Akteur einer zu verrechtlichenden Weltwirtschaft begriffen, einem Globalismus mit „monetärem Völkerrecht“. Sowohl der Goldstandard wie Bretton Woods beinhalteten ein solches: Die nationalstaatlichen Vertragsparteien (Regierungen und Zentralbanken) legten sich auf feste Verhaltensregeln - vor allem im Defizitfall - fest. Wir sahen schon: Im Goldstandard basierten sie auf innerstaatlichem Recht (Münzgesetzen), im Bretton-Woods-System auf staatlichen Abkommen mit dem IWF.

Nur sehen wir im nachhinein, daß beide Regelsysteme in entscheidenden Punkten zu kurz griffen, nicht ausreichten. Im Goldstandard kam die sozialstaatliche Komponente zu kurz, die Geld- und Zinspolitik stützte einseitig das äußere Wechselkursystem und war blind für die Erfordernisse der inneren Preis- und Beschäftigungsstabilität. Insofern war es nur folgerichtig, daß der Goldstandard definitiv in der größten Sozialkatastrophe des Jahrhunderts, der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, zusammenbrach. Im Keynes-Modell der späteren Bretton-Woods-Ära war zwar dieser - bitteren - Erfahrung Rechnung getragen worden, aber eben nicht hinreichend. Die Geld- und Zinspolitik war weder einseitig auf Wechselkursstabilität fixiert, noch waren Wechselkursanpassungen im Falle „fundamentaler Ungleichgewichte“ ausgeschlossen - im Gegenteil, sie waren sogar an der Tagesordnung.

Die Konstruktionsmängel lagen im System. Währungsdisziplin galt für alle mit Ausnahme des Leitwährungslandes: den USA. Sie hatten es mit ihrem Defizit in der Hand, die an den US-Dollar gebundene Weltgeldversorgung zu überdehnen - mehr Welt-Liquidität zu schaffen als die Welt verkraften konnte oder wollte. Zum äußeren Konstruktionsmangel kamen zwei innere; die Anpassungsprozesse an verlorengegangene Gleichgewichte waren extrem „asymmetrisch“ - sie verlangten Anpassung vom Schuldner, nicht vom Gläubiger - eine Fehlkonstruktion, von der die Wirtschaftswunder-Republik Deutschland jahrzehntelang profitierte; sie zog ihren Schuldnern systema-

tisch die Devisenreserven aus der Kasse (über Leistungsbilanzüberschüsse und hohe Zinsen) und wunderte sich, daß die Weltwirtschaft immer ärmer und krisenanfälliger wurde. Und: Externe Geldwert- (oder Wechselkurs-)stabilität und interne waren nicht streng genug verkoppelt; immer mehr Partner lehnten es ab, ihre Wechselkurse der inneren Inflationsentwicklung - rechtzeitig - anzupassen, mit der Folge, daß das Gesamtsystem immer labiler und unhaltbarer wurde, bis es schließlich zusammenbrach. Auch Brücken stürzen ein, wenn ihre Statik nicht stimmt und ihre Belastbarkeit überzogen wird. Dennoch ist dies kein Argument dafür, keine Brücken mehr zu bauen und durch Flüsse - wie in grauer Vorzeit - zu waten.

Wenn es richtig ist, daß die Folgen des heutigen Globalismus weder zu Hause an der Lohn- und Beschäftigungsfront noch gar beim Sozialstaat zu begründen sind (eine Ansicht, in der Arbeitgeber wie neoklassische Marktökonomien eine Art Meinungskartell bilden) und schon gar nicht über den kleinen (aber protektionistischen) Globalismus in Europa (eine Ansicht, in der linke wie rechte Ökonomen erstaunlicherweise wieder übereinstimmen), dann bleibt einzig und allein *ein* Ausweg offen: Wir brauchen ein neues, aber besseres Bretton Woods als das alte!

Ein neues Bretton Woods und seine Essentials

Nach dem Kollaps des alten Bretton Woods wissen wir genau, wie das neue aussehen müßte. Es läßt sich in fünf Punkten skizzieren.

Erstens: Sein Nukleus sind nicht die peripheren Länder der Weltwirtschaft, sondern die zentralen: die sogenannten G-7-Länder USA, Kanada, Japan und die vier Europäer, England, Frankreich, Deutschland, Italien. Sie repräsentieren zwei Drittel des Welt-Bruttosozialprodukts und drei ihrer Währungen - nämlich: Dollar, DM und Yen - vier Fünftel aller Weltfinanzumsätze und neun Zehntel aller Weltwährungsreserven. Was in und mit diesen G 7 geschieht, bestimmt das Klima der Weltwirtschaft und das Wetter in Dritter Welt und den heutigen Reformstaaten.

Zweitens: Eine Wechselkursunion der G 7 - aber ausreichend wäre bereits eine der G 3 mit offener Zutrittschance für die anderen G 4 - müßte, um die Bretton-Woods-Fehler zu vermeiden, weder dollar-zentrisch sein, noch Wechselkurse punktgenau fixieren, sondern innerhalb einer Bandbreite und statt auf die nominalen, auf die „realen“ (inflationsbereinigten) Wechselkurse abheben. Gebraucht wird also ein kollegiales „Weltdirektoriat“ und kein „imperiales“ und eine Wechselkurspolitik der doppelten Elastizität: der nominalen Bandbreite wie der realen, auf Inflationsbekämpfung abzielenden Wechselkursstabilität, weil nur diese Kurse als glaubwürdig, langfristig sicher und haltbar gelten können.

Drittens: In einem solchen Weltwährungsverbund der nominal elastischen, real aber festen Wechselkurse der führenden Industrieländer lassen sich die meisten der heute anstehenden Globalismusprobleme, wenn nicht lösen, so

doch deutlich entschärfen: Währungsturbulenzen klingen ab, denn gegen feste und berechenbare Wechselkurse lohnt es sich nicht anzuspekulieren; mit dem Abklingen der Währungsturbulenzen werden auch die Weltfinanzmärkte wieder betriebssicherer, denn die Mehrzahl der Absicherungs- und Spekulationsmotive ist entfallen; mit der realen Fixierung der wichtigsten Wechselkurse aber gibt es weder Anlaß noch Anreiz zu überzogener Standortkonkurrenz; denn die Währungsparitäten der Industrieländer liegen an der gemeinsam gehaltenen Kette, und der vom Zentrum der Weltwirtschaft ausgehende Anpassungsdruck auf die Peripherie erzwingt auch dort die Abkehr von Inflations- und Defizitexzessen, aus äußerer wird innere Währungsdisziplin, die standortverzerrende Superaufwertung der Hart- gegenüber den Weichwährungsländern kommt zum Ende.

Viertens: In einer so berechenbar gewordenen stabilen Weltwirtschaft macht auch das Euro-Projekt einen Sinn. Es fügt sich als Teilordnung oder Subsystem in das Globalsystem ein und verhindert den Zerfall der einen Weltwirtschaft in sich bekriegende Regionalblöcke oder Teil-Globalismen, eine Entwicklung vor der Deutschlands große Wirtschaftsminister, Ludwig Erhard wie Karl Schiller, einig wie selten warnten - denn Deutschlands Wohl hängt langfristig von der ungeteilten Weltwirtschaft ab und nicht von einer, die wegen Europa mit dem Rest der Welt im Unfrieden lebt.

Fünftens: Nur in diesem System und im Umfeld eines global geregelten Weltgeld- und -gütermarktes lassen sich die nationalen Probleme der Konjunktur, des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates wieder in den Griff bekommen. Zwar stünden Wechselkurs und Zins nicht mehr voll zur nationalen Disposition, aber die Anpassungslasten wären unter den G 7 oder G 3 „symmetrisch“ verteilt; Deutschland behielte den Vorteil seiner starken DM ohne deren gravierende Kosten - die Superaufwertung gegenüber den standort-konkurrierenden Hart- und Schwachwährungen; ganz Europa ersparte sich die mit der Einführung des Euro programmierte Währungs- und Beschäftigungskrise. Der Kompromiß zwischen nationalem Sozialstaat und so regeltem globalem Geldsystem wäre möglich. Das ist der Grund, warum sich Gewerkschaften mehr als bisher mit dem Thema Globalismus befassen sollten.